

„Szenen einer Ehe“ – Thesen zur gestörten Kommunikation zwischen Politik und Kirche

Politik und Kirchen bezeichnen sich gerne als Partner, da bedarf es nicht großer Originalität, sie uns als Lebenspartner vorzustellen, als Paar, das – so weit kann man ausgreifen – seit der Taufe Kaiser Konstantins und der später erfolgenden Erhebung zur römischen Staatsreligion einen wechselvollen Gang gemeinsam durch die Geschichte genommen hat. Wer „Herr im Hause“ ist, ist nach den Auseinandersetzungen von Päpsten und Königen im Hochmittelalter geklärt, *wie* man miteinander redet, hat in der Vergangenheit aber immer wieder stark gewechselt. Vom Kulturkampf über den „fruchtbaren Dialog“ bis zum „Bündnis von Thron und Altar“ sind alle Varianten dabei gewesen.

Nie waren sich die beiden Partner vielleicht so nahe wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Gründungsphase von Bundesrepublik und Christlich-Demokratischer Union. Symbol dieser schöpferischen Vertrautheit sind die Gespräche zwischen den Dominikanern des Klosters Walberberg und frühen christlichen Demokraten, die schon im Juli 1945 zu den Kölner Leitsätzen geführt haben. „Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Werte“ – solche Formulierungen illustrieren die einzigartige Situation des Neuanfangs: Die Politik,

durch ein verbrecherisches Regime desavouiert, ohne überzeugende Vorbilder aus der jüngeren deutschen Vergangenheit, sucht nach völliger Neuorientierung, die Kirche, nicht gänzlich unbeschadet, aber in der Lage, auf einen historisch einzigartigen Fundus zurückzugreifen, bietet sich dazu an.

Es macht keinen Sinn, solchen Konstellationen nachzutruern, die Bedingungen, die zu einer solchen Intimität geführt haben, darf sich niemand zurückwünschen, es ist illusionär, sich diese Nähe ohne die sie umgebenden Ruinen und Millionen von Toten vorzustellen.

Heute reden die beiden anders miteinander, vielleicht reden sie inzwischen mehr übereinander als miteinander, es wird der Vorwurf aus den Kirchen laut, sie rede für taube Ohren. Stimmt das? Was bedeutet diese Metapher? Der Adressat könnte tatsächlich nicht mehr in der Lage sein, bestimmte Signale und Sinnsfrequenzen wahrzunehmen; das ist meist aber nicht gemeint. Eher vermutet man, er *wolle* nicht hören, er habe auf stur gestellt. Vielleicht spricht der Sprecher aber auch zu leise, benutzt die falschen Frequenzen oder eine andere Sprache. Am Ende taucht noch der Selbstzweifel auf, man habe zu viel und zu laut geredet, sodass der andere taub geworden ist.

Schauen wir uns doch einmal an, wie die Politik heute reagiert, wenn die Kirchen reden, vor allem, wenn sie dies in ihren Stellungnahmen, Gemeinsamen Worten u. ä. tun. Drei Typen lassen sich unterscheiden:

1. „... begrüßen voll und ganz ...“: Vielleicht das Schlimmste, was den Kirchen passieren kann, sie werden unbestimmt und generell gelobt, böse Zungen sagen „totgelobt“, man dankt den Kirchen, dass sie ihrer Verantwortung gerecht geworden sind, und weist nach, dass man denselben Zielen verpflichtet sei. Die Halbwertszeit so begrüßter Stellungnahmen ist kurz, und bald strahlen sie nicht mehr. Das Gemeinsame Wort „Demokratie braucht Tugenden“ von 2006 zum Beispiel hat dieses Schicksal erfahren.

2. „... einiges noch zu diskutieren ...“: Für die Kirchen die beste der drei Varianten. Teile der Texte werden gelobt und als kongenial erkannt (denn das ist das geheime Motiv des Lobes), auf andere wird kontrovers reagiert. Es besteht die Hoffnung, dass beides zusammen erkenntnisfördernd ist. Das Gemeinsame Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 gehört dazu. Es wird noch heute gelesen.

3. „... entspricht nicht unserem Verständnis ...“: Die Abmahnungsvariante, trifft nie abgewogene und ausgefeilte Texte, sondern nur „Einzelmeinungen“: Die Politik befindet, dass die- oder derjenige „seine Kompetenzen überschreite“, „von der Sache nichts verstehe“, „unpolitisch“ und einseitig argumentiere. Meist trifft es die „üblichen Verdächtigen“, Joachim Kardinal Meisner, früher die Bischöfe Johannes Dyba und Walter Mixa, aber auch Margot Käßmann, wenn sie nicht gerade spirituelle Wellnessangebote macht. Die Genannten verbindet das Bestreben, den herrschenden Grundkonsens zu sprengen. Ihre Anhänger entdecken darin die Botschaft Christi, ihre Kritiker nur Selbstvermarktung und Machtstreben.

Richtet man den Blick auf die Zuschauer dieses Dialogs, die Bürger und Kirchenmitglieder, dann fällt die Bilanz für die Kirchen ernüchternd aus. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung

aus dem Jahr 2003 sagen nur neunzehn Prozent der Befragten, dass sie kirchliche Stellungnahmen schon einmal zur Meinungsbildung herangezogen haben, auf die Frage, was Aufgabe der Kirchen sei, landet das politische Mandat weit abgeschlagen hinter Gottesdienst, Seelsorge und Caritas/Diakonie. Auch in einer EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft (2003) äußern nur zweiundzwanzig Prozent der Befragten, dass die (evangelische) Kirche sich zu politischen Grundsatzfragen äußern solle, dagegen zweiundachtzig Prozent, dass sie „Alte, Kranke und Behinderte betreuen“ und achtundsiebzig Prozent, dass sie „Menschen durch Taufe, Konfirmation, Hochzeit und Beerdigung an den Wendepunkten des Glaubens begleiten“ solle.

Wie kann es dazu kommen, dass ein Dialogpartner, die Kirchen, ständig und dauerhaft „textet“, während die eigenen Mitglieder sich daran tendenziell uninteressiert zeigen? Was hat sich verändert, dass die Politik inzwischen in die Rolle verfällt, den Daumen über den kirchlichen Texten und Verlautbarungen zu heben oder zu senken und beides den Kirchen nicht guttut? Was ist auf dem Weg von Walberberg nach Berlin passiert?

Thesenhafte Erklärungsversuche

Im Folgenden sollen und können dazu lediglich tastende, versuchende Thesen aufgeführt werden. Sie sind eher ein Gesprächsangebot als ein fertiges Produkt:

1. Der Funktionalismus Luhmann'scher Provenienz hat auch die Kirchen erreicht. Sie bekommen von der Bevölkerung einen bestimmten Platz in der arbeitsteiligen Gesellschaft zugewiesen. Man spricht ihnen „Kernkompetenzen“ zu (die es zu stärken gilt) und vertritt mehr oder weniger explizit die Auffassung, dass alles, was dazu nicht gehört, „abgestoßen“ werden müsse. Das Politische gehört definitiv nicht zu den Kernkompetenzen. „Das können andere besser“, sie

haben es ja auch „gelernt“, haben ihr halbes Leben damit verbracht. Politiker ist ein Beruf, Priester ist ein anderer Beruf. Als man noch von Berufungen sprach, konnte sich beides vermischen.

2. Die Kirche wird heute als persönlicher Dienstleister gesehen. Sie leistet mit Passageriten und Caritas Dienst an mir und für mich. Mit dem allgemeinen politischen Mandat vergeudet sie Ressourcen. Allenfalls mag aus der Sicht der Politik noch formuliert werden, dass die Kirchen einen „Dienst am Gemeinwesen“ leisten. Damit ist aber auch schon der Rahmen dafür gesteckt, worin der Dienst besteht und wer der „Dienstherr“ ist.

3. Diese Platzzuweisung der Kirchen durch Bevölkerung und Politik bedeutet im Umkehrschluss, dass sie ihre Universalzuständigkeit, ihre Deutungsallmacht und Erstinstanzlichkeit verloren haben. Für jede Lebenslage gibt es Spezialisten und Zuständige, auch für die Politik. Die Kirchen werden für Dinge, von denen diese Experten mehr verstehen, nicht mehr zurate gezogen. Niemand wäre früher auf die Idee gekommen, den Pfarrer zu fragen, wenn ein Wagenrad auszuwechseln war, aber wenn die Ernte ausfiel oder Krieg drohte, schon. Dies ist jetzt vorbei.

4. Die Geschichte kennt starke Phasen der Kirchen und starke der Politik. Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war eine solche starke Kirchenphase. Das Selbstbewusstsein der Politik in Deutschland ist heute ungemein höher. Demokratie und Wiedervereinigung sind geschafft, Frieden und Wohlstand gesichert. Rat anzunehmen ist nie verkehrt, Expertenrat ja, noch sind ja nicht alle Herausforderungen bewältigt, neue sind entstanden, aber sind die etwas für die Kirchen? Kann man mit dem Ratschlag der Kirchen die globale Erwärmung besser bewältigen als mit dem des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung? Wen fragt man: Kardinal Marx oder Professor Schellnhuber?

5. Aber auch auf dem Felde der allgemeinen Sinnstiftung sind die etablierten christlichen Kirchen nicht mehr Monopolist, auch hier sind Wettbewerb und Marktverdrängung im Gange. Nicht nur allerlei Esoterisches und Asiatisches macht den Kirchen zu schaffen, Kryptoheidnisches wie der allgemeine Gesundheits- und Körperkult tritt hinzu. Schon aber droht im Hintergrund ein anderer Global Player: Pfingstler und Freikirchen aus der Dritten Welt, dynamisch, fromm, unskeptisch, unfertig, jung. Manche bezeichnen diese Gewichtsverschiebung im Christentum vom alten lateinischen Westen zu den Christen ehemaliger Kolonien schon als „zweite Reformation“.

6. Die Kirchen werden kritischer beäugt. Alles wird kritischer beobachtet, aber die Kirchen als alte Institutionen besonders. Die Skandale der vergangenen Jahre gehen nicht spurlos an ihnen vorbei, die Übereinstimmung von Worten und Taten wird eingefordert. Kann eine Institution im Politischen den Zeigefinger erheben, wenn ihre Vertreter im Persönlichen so gefehlt haben? Muss man den Rat einer mit sich selbst hadernden Institution annehmen? Man wende nicht ein, auch Politiker würden immer wieder moralisch fehlen, denn die Moral ist nicht ihr Geschäftsbereich!

7. Politik hat mit Macht zu tun, Politik reagiert auf Macht, und sie reagiert sofort auf Machtverlust. Eine Institution, der mehr als zwei Drittel der Bevölkerung angehören, ist natürlich eine starke Institution. Wenn sie jeden Sonntag durchschnittlich acht Prozent ihrer Mitglieder, also vier Millionen Menschen, in den Kirchen versammelt, ist das eine beeindruckende Demonstration. Aber die Zahlen gehen zurück, stetig, unaufhaltsam, mal weniger, mal mehr, in diesem Jahr besonders. Das bleibt nicht ohne Eindruck auf die Umgebung. Der Riese wankt. Seine Stimme wird gefordert, aber auch auf lange Sicht ernst genommen?

8. Wird die Stimme der Kirchen überhaupt verstanden? In einer arbeitsteiligen Gesellschaft entwickeln sich Spezialsprechs, Spezialmilieus, Spezialrituale. Um Kommunikation zu ermöglichen, muss es Personen geben, die von dem einen Idiom ins andere übersetzen können. Es braucht Kurier, die Botschaften übermitteln, und amphibische Existenzen, die in beiden Milieus leben können. Es ist ein allgemein beklagter Zustand, dass diese Dolmetscher in der Politik immer weniger zu finden seien. Politiker sind zunehmend (botanisch ausgedrückt) „einhäusig“, sie reproduzieren sich nicht aus fremden, sondern aus dem eigenen Milieu. Es gibt kaum noch die für die frühe Bundesrepublik typische Messdiener-Jugendleiter-Politiker-Biografie, sondern fast nur noch die Schülerpolitiker-Studentenpolitiker-Politiker-Laufbahn.

9. Politiker benutzen gerne das Orientierungsparadox: „Wir brauchen dringend Orientierung, aber bitte sehr konkret!“ Der Wert und die Notwendigkeit von Orientierung werden erkannt, sobald aber ein Ergebnis geliefert wird, kann es dem Anspruch auf Konkretion und Anwendbarkeit nicht genügen. Die Kirchen können in dem Verfahren nur verlieren. Verlegen sie sich auf ihr Metier, bleiben sie zu allgemein, politisieren sie mit den Politikern um die Wette, werden sie nicht ernst genommen.

10. Politiker neigen zunehmend dazu, die christliche Religion funktional zu interpretieren und ihr die Aufgabe eines „Kitts der Gesellschaft“ zuzusprechen. Die Gesellschaft zu integrieren mag ein begrüßenswerter Nebeneffekt kirchlichen Wirkens sein, aber es ist nicht sein Hauptzweck. Dies ist die Vereinigung des Menschen mit Gott – in einer sich säkularisierenden Umgebung ein schwer vermittelbares Ziel. Aus dieser Rolle heraus werden die Kirchen auch in immer geringerem Maße als autonomes Gegen-

über, als Hineinragen des ganz anderen in die Welt, sondern als eine Institution im gesellschaftlichen Institutionengefüge gesehen. Ihre Verlautbarungen haben sich dann auch diesem Gefüge zu fügen. Eine solche Rolle haben die meisten Kirchenvertreter akzeptiert. Eschatologisches ist ihnen fremd, sie verstehen sich selbst am Ende eines langen Rückzugsprozesses häufig nur noch als „Bundesagentur für Werte“.

11. Auch in den Kirchen selbst lassen sich Gründe dafür finden, dass sie – so kommt es einem deutschen Beobachter vor – nicht auf dem Felde reüssieren wollen, wo sie einen zweitausendjährigen Vorsprung haben, sondern unbedingt „sich einmischen“ möchten: mediale Aufmerksamkeit wird ihnen zuteil, Einladungen, Empfänge, bürgerliche Ehrenzeichen. Ihnen steht ein Apparat zur Verfügung, der sein eigenes Handeln regeneriert, der, einmal installiert, Beschäftigung braucht, eine gut geölte Verlautbarungsmaschinerie, Stäbe, Gremien, Abteilungen, Lehrstühle. Und nicht zuletzt: Ist es nicht auch einfacher, von (so zweifellos wichtigen) Dingen wie dem verantwortlichen Miteinander, von der Option für die Armen und der Bewahrung der Schöpfung zu sprechen? Ist nicht die vertraute Sprachwelt beherrschbarer als ein Ausgriff ins Unvertraute, Abgründige? Sollte die öffentliche Moralpredigt etwa frei nach Odo Marquard theologische „Inkompetenzkompensationskompetenz“ sein? Das aber ist wahrscheinlich nur noch ungerecht und polemisch. Der religiöse Zweifel hat sich so tief in die westliche Gesellschaft eingenistet, dass keine Institution, kein Mensch davon unberührt bleiben kann, auch die Kirchen nicht.

Gesprächslage und Perspektive

Wie kann man nun die „Gesprächslage“ beschreiben? Eine an sich selbst leidende, zutiefst verunsicherte Institution, von Zu-

kunftsängsten geplagt, unwillig und unfähig, den Weg zurück in die institutionelle Strenge früherer Zeiten zu nehmen, „auf Sicht fahrend“, will unbedingt „sich einbringen“. Die „Verantwortung“, die sie spürt, hat viel mit dem Wunsch zu tun, noch gefragt zu sein. Die Politik fragt sie ja auch, aber eher so wie das „Na, Schatz, wie war dein Tag?“ verlöschender Partnerschaften. Gemessen an dem Gesprächspartner, den Kirchen, ist die Politik selbstbewusst. (Sie wird es nach einer Phase der Demut in den „neoliberalen“ Neunzigern und Anfang des neuen Jahrtausends auch gegenüber der Wirtschaft – jüngstes Beispiel ist der scharfe Ton gegenüber Energiekonzernen und Ratingagenturen.) Der unabweisbare Erfolg ihres Tuns auf dem Weg von der Stunde null bis zur Bewältigung der Finanzkrise gibt ihr in Tateinheit mit der zunehmenden inneren Glaubensferne der Akteure eine Stabilität, die kirchliche Zweifel zum Beispiel an der Afghanistanpolitik („Nichts ist gut in Afghanistan!“), am Lebensschutz oder an der Familienpolitik von sich abperlen lässt. Die Kirchen müssen anerkennen, dass sie in einer Kommunikationsfalle stecken: Die Politik fordert ihr Votum ein, wird aber jede Zustimmung als *ihren* Erfolg und jede Ablehnung als mangelnde Kenntnis einstufen.

Man kann es mit den Bildern übertreiben, aber eine Szene aus Ingmar Bergmans „Szenen einer Ehe“ gibt Ausblick auf eine mögliche Lösung. Jahre nach ihrer Scheidung, inzwischen neu verheiratet, treffen die früheren Eheleute wieder zusammen. Sie sind beide andere geworden, vor allem die Frau hat ein eigenes, unabhängiges Leben begonnen und wird so für ihren ehemaligen Mann wieder interessant. Fortan

treffen sie sich heimlich an Wochenenden in einem Haus am See.

Welches eigene Leben könnte die Kirchen wieder für ihren Partner, die Politik, interessant machen? Welches Modell von eigenem Leben könnte es sein? Gibt es dazu schon einen Prototyp und Vorläufer? Die Formen von Kirche, die sich heute schon aus der „Babylonischen Gefangenschaft“ von der Politik befreit haben, die ultramontan-katholische und die evangelikale, wirken noch zu sehr als ein Gegenstück, noch zu befangen in dem Bestreben, der Säkularität entgegenzutreten. Die selbstbewusst eigenständige Kirche der Zukunft definiert sich nicht mehr aus ihrer Rolle als quasistaatliche Institution mit Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, sondern schöpft aus *ihren* Quellen, den Offenbarungstexten, der Tradition, der Theologie. Sie gibt Antworten auf die letzten, verschütteten Fragen der Menschen. Sie spricht von Tod und Auferstehung, Nähe und Ferne zu Gott, Schuld und Erlösung. Überhaupt erst mal von Gott, dem Erhabenen, und nicht von jener schläfrig-gütigen Großvaterfigur, die Nietzsche als degenerierte Folge moderner Theologie sah. Sie streitet mit den Naturwissenschaften über ihr Deutungs- und mit der Politik über ihr Gestaltungsmonopol. Sie glaubt nicht wie diese daran, dass jenseits von ihrem Horizont Nichts sei.

Was dann kommt, ist jetzt noch nicht zu sehen. Wer mit Strukturfragen anfängt, hat das Ziel schon verfehlt. Nicht die Struktur schafft den Glauben, sondern der Glauben sucht sich eine Struktur. Und erst aus diesem heraus, aus der inneren Überzeugung und Stimmigkeit, kann wieder Inspirierendes kommen. Etwas, was die Politik aufhorchen lässt.

**Einem Teil dieser Auflage
liegt ein Flyer des Freundeskreises der Konrad-Adenauer-Stiftung bei.**